

Beantwortung in kursiv von Lili Schlumberger-Dogu
Direktkandidatin der Linkspartei in München-Land
Kreisvorsitzende des Kreisverbandes Dachau-Fürstenfeldbruck
der Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit – WASG

1. Privat statt Staat:

Beschränkung staatlicher Tätigkeit auf Kernaufgaben

Bund, Länder und Kommunen treten zu oft in Konkurrenz zu privaten Unternehmen und produzieren Güter und Dienstleistungen, anstatt diese vom Markt zuzukaufen. Verwaltung, Staats- und kommunale Betriebe sollen keine wirtschaftlichen Tätigkeiten ausüben, wenn diese von Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft oder Angehörigen der Freien Berufe mindestens genauso effizient und kostengerecht erledigt werden können.

Eine Privatisierungsoffensive des Staates soll indes nicht lediglich als probates Mittel zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern betrachtet werden. Vielmehr muss Privatisierung zu einer Belebung der mittelständischen Wirtschaft und zu einer Vielzahl von Existenzgründungen führen – erst dadurch werden die öffentlichen Kassen nach-haltig entlastet.

Unsere Kernforderungen:

- Senkung der Staatsquote in den nächsten vier Jahren von bisher rund 49 Prozent um einen Prozentpunkt pro Jahr. Nein, der Staat muss handlungsfähig sein und bleiben; viele Aufgaben können jetzt schon nicht mehr ausreichend ausgeübt werden. Daseinsvorsorge darf nie privatisiert werden, die Privatisierung einst staatliche/öffentlicher Betriebe (Post, Bahn) hat zu mehr Arbeitslosen, schlechterem Service und Verteuerung geführt. Aber Abbau von Bürokratie und eine andere Verteilung der Steuerlast, so zum Beispiel nicht Entlastung der Konzerne und Superreichen (durch Wiedereinführung Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, internationaler Steuer auf Spekulationsgewinne u.a), Senkung der Steuerlast für Selbständige, Klein- und Mittelbetriebe, die als einzige Arbeitsplätze schaffen
- Wettbewerbsgleichheit zwischen öffentlichen und privaten Leistungsträgern: Abbau von Subventionen, Gleichbesteuerung der Leistungsträger, öffentliche Rechnungslegung Ja, bin ich dafür. Ich bin aber auch dafür, dass Steuergerechtigkeit herrscht, also Vereinfachung des Steuersystems, Abbau von Subventionen, aber nicht Wegfall der teilweisen Steuerbefreiung bei Nacht- und Schichtarbeit.
- Transparente, mittelstandsgerechte Ausschreibungen öffentlicher Leistungen und Aufgaben, vor allem auf kommunaler Ebene (z. B. Ver- und Entsorgung und Bauwesen). Ja, unbedingt. Auf dieser Ebene gibt es viel „Spezialwirtschaft“ und immer wieder viel Korruption. Allerdings muss z.B. auch von den Bauträgern die sozial gerechte Bodennutzung eingehalten werden, in Dachau gibt es viele Beispiele, wo ganze Schlafstadtteile errichtet werden, ohne dass Grund für Infrastruktur (Zentren, Schulen, Plätze, Straßen etc.) zur Verfügung gestellt wird.
- Verstärkter Aus- und Aufbau der Infrastruktur unter Einbeziehung privater Finanzierungs- und Betreibermodelle (Public-Private Partnership), z. B. bei Fernstraßen, öffentlichem Nahverkehr, Energieleitungen, Kläranlagen,

Krankenhäusern u. a. m. Nur, wenn die Aufsicht zum Beispiel bei Krankenhäusern noch kommunal bleibt, Modelle wie die Krankenhaus AG in Dachau lehnen wir ab.

- Kurzfristige Privatisierung der gesamten staatlichen Beteiligungen sowie des Immobilienvermögens von Bund, Ländern und Kommunen, das nicht unmittelbar zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben benötigt wird.

Nein, ein Großteil muss fließen in öffentliche Aufgaben, die bei uns, mehr noch in ärmeren Regionen Deutschlands, nicht mehr erfüllt werden, z.B. den Kommunen zugute kommen. Die wissen am besten, wo diese Gelder investiert werden müssen, auch das kommt den jeweils regionalen Arbeitgebern zugute.

2. Bürokratieabbau jetzt:

Staatliche Überregulierung beseitigen

Bürokratische Hürden einzureißen, ist inzwischen politischer Konsens. Doch die Realisierung lässt auf sich warten. Unternehmer und Existenzgründer leiden unvermindert weiter unter den Hemmnissen und Kosten der wuchernden Bürokratie. Diese Mittel fehlen, um flexibel auf die Anforderungen der Märkte reagieren zu können.

Unsere Kernforderungen:

- Einbeziehung des unternehmerischen Mittelstandes in eine „Initiative Bürokratieabbau“ durch die Bundesregierung. Ja.
- Jährlicher Bürokratieabbau-Bericht des Bundeswirtschaftsministers. Ja.
- Konsequente Durchsetzung der geltenden Vorschrift, dass Gesetzentwürfe von Bund und Ländern durch Experten auf Auswirkungen für den Mittelstand geprüft werden (Mittelstandsauswirkungsklausel). Ja, wir sind für Förderung und Einbeziehung des Mittelstandes, der noch als einziger qualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland schafft. Die Konzerne bauen Arbeitsplätze ab.
- Prüfung der Notwendigkeit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit aller Gesetze und Verordnungen nach Ablauf von 3 Jahren. Ja, wird aber nicht durchsetzbar sein. Zu viele Beamte und Juristen in den Parlamenten.
- Neufassung des Antidiskriminierungsgesetzentwurfs entsprechend den EU-Vorgaben. Ja.
- Umsetzung der Güte- und Prüfbestimmungen für mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen. Ja.
- Vollständige Freigabe der Ladenöffnungszeiten. Nein, nicht notwendig. Bestehende Regelung reicht aus. Sonntag soll geschlossen bleiben. Die Arbeitszeiten müssen für die Beschäftigten menschenwürdig sein. Den kleinen Ladenbesitzern nützt eine Freigabe der Öffnungszeiten gar nichts.
- Erlass eines Freistellungsgesetzes, das Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten von statistischen Auskunftspflichten und bürokratischen Vorgaben des Arbeitsrechts freistellt. Nein, aber Reduzierung der Mitteilungspflichten. Entbürokratisierung.

- Aufhebung der Zahlung von Pflichtbeiträgen gegenüber den Industrie- und Handelskammern, Berufsgenossenschaften sowie anderen ständestaatlichen Organen.

Einführung einer leistungsbezogenen Gebührenordnung für eine freiwillige Mitgliedschaft der Unternehmen.

Letzteres sicherlich. Die IHKs sollen reformiert werden, aus meiner eigenen Erfahrung kommt vieles, was die IHKs machen (Ausbildungen etc.) dem Mittelstand zugute.

3. Steuerreform:

Betriebe und Bürger entlasten, Steuersystem vereinfachen

Unser Steuersystem ist viel zu kompliziert und ungerecht. Rund 70 Prozent der welt-weiten Steuerliteratur stammen aus Deutschland. Im Mittelstand, wo in die Betriebe investiert wird und Arbeitsplätze entstehen, erreicht die Steuerlast in der Spitze fast 50 Prozent. Dagegen werden die Konzerne entlastet, Kapitaltransaktionen steuerlich frei-gestellt.

Als Hochsteuerland stehen wir im Wettbewerb zu den Niedrigsteuer- und Niedriglohnländern Mittelosteuropas. Ohne eine radikale Umgestaltung unseres Steuersystems hat der Wirtschaftsstandort Deutschland keine Zukunft. Der Mittelstand verlangt Steuergerechtigkeit und -vereinfachung.

Unsere Kernforderungen:

- Eine rechtsformunabhängige Besteuerung der Unternehmen. Ja.
- Beschränkung auf zwei Steuerarten bei einem jeweils einheitlichen Steuersatz von 25 Prozent auf Einkommen (Lohn bzw. Unternehmergewinn) und Konsum (Produkt- bzw. Naturverbrauch). Nein, zu wenig. Besteuerung nach Gewinn und Einkommen, Entlastung der unteren, stärkere Belastung der oberen Einkommen. Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Spitzensteuersatz: Deutschland liegt bei der Steuerquote schon jetzt im unteren Bereich in der EU, Reiche und Superreiche müssen mehr zur Kasse gebeten werden. Steuerfreibeträge sollten bei Existenzgründung besser zugunsten der Existenzgründer geregelt werden.
- Die Sicherung der Unternehmensnachfolge durch eine degressive Minderung der Erbschaftsteuer bis hin zum Erlass bei Fortführung des Betriebs über mindestens zehn Jahre. Ja, aber gestaffelt nach Größe der Betriebe und des geerbten Vermögens.
- Die Förderung von Eigenkapitalbildung im Unternehmen durch steuerliche Freistellung von reinvestierten Gewinnen. Ja, aber auch hier abhängig von der Größe der Gewinne und der Gewinnquote, für Konzerne anders zu handhaben als für Kleinbetriebe.
- Schrittweiser Abbau aller Subventionen und Steuervergünstigungen um jährlich zehn Prozentpunkte über zehn Jahre („Formel 10x10“).

Nein, nicht die Rasenmäher-Methode, sondern ausgewählte Subventionen und Steuervergünstigungen schrittweise abbauen.

- 8 -

4. Arbeitsmarkt entfesseln:

Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist bedrückend. Die bisherige Arbeitsmarktpolitik hat versagt. Ein Politikwechsel ist geboten. Zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sind sowohl schnell wirksame Sofortmaßnahmen als auch tief greifende Strukturreformen einzuleiten. Arbeits- und tarifrechtliche

Schutznormen und Zwänge sind nachhaltig abzubauen, damit sich Investitionen für mehr Wachstum und Beschäftigung wieder lohnen.

Unsere Kernforderungen:

- Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für uneingeschränkte betriebliche Bündnisse für Arbeit im Tarifrecht und in der Betriebsverfassung. Betriebsautonomie vor Tarifautonomie. Nein, Tarifautonomie erhalten. Bessere gesetzliche Regelungen, zum Beispiel Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 1400€ brutto (ca. 1.000€ netto, ist die Pfändungsgrenze)
- Vollständige Abkehr vom Flächentarifvertrag und Allgemeinverbindlichkeit. Nein, Erhaltung, Ausbau der Mitbestimmung in Großbetrieben. Im übrigen ist die Tarifhoheit im Grundgesetz zu Recht festgeschrieben.
- Abschaffung des Kündigungsschutzes für alle Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten. Nein. Jeder Arbeitnehmer braucht Planungssicherheit, auch in kleinen Unternehmen, das stärkt den Konsum und führt zur dringend notwendigen Entwicklung des Binnenmarktes. Wir lehnen eine Rückkehr in frühkapitalistische Verhältnisse auch in Kleinbetrieben konsequent ab.
- Fortfall der Mitbestimmung bei Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten. Nein, siehe Antwort letzte Forderung.
- Ausrichtung der Lohnpolitik am Ergebnis des Unternehmens. Stärkere Lohndifferenzierung und mehr erfolgsabhängige Entlohnung. Erfolgsabhängige Lohnbestandteile ja, aber nicht weitere Differenzierung nach Gewinn. Das führt dazu, dass die Beschäftigten auch Missmanagement „ausbaden“ müssen. Tarifliche und gesetzliche Regelungen, um Niedrigstentlohnung zu bekämpfen.
- Stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit. Klare Optionen für langfristige Arbeitszeitkonten (Jahresarbeitszeit). Liberalisierung befristeter Arbeitsverträge. Arbeitszeitkonten etc. gibt es schon. Wir sind aber gegen Ausdehnung der Wochen- und Lebensarbeitszeit (Heraufsetzung des Rentenalters, etc.), das baut Arbeitsplätze ab, statt neue zu schaffen. Arbeitszeitverkürzung führt zum Abbau von Arbeitslosigkeit.
- Keine Ausweitung des Geltungsbereichs für das Arbeitnehmerentendegesetz, sondern eine Neufassung, die Missbrauch vermeidet. Neufassung ja, vor allem durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes (siehe oben). Wir sollten NICHT mit Niedriglöhnen in Ost- und Mitteleuropa in der Art der Unterbietung konkurrieren. Wiederherstellung des Sozialstaates ist ein viel besserer Standortvorteil Deutschlands, wir sind nach wie vor auch deshalb Exportweltmeister Nummer 1, was auch zeigt, dass Löhne/Gehälter in der Exportwirtschaft nicht zu hoch sind. Das Problem ist fehlende bzw. sinkende Kaufkraft im Innern, der Binnenmarkt ist kaputt.
- Schaffung der Voraussetzungen für einen flächendeckenden Einstieg in die kommunale Trägerschaft bei der Vermittlung von Arbeitslosen. Ja, aber verbunden mit besserer Finanzausstattung der Kommunen.

5. Soziale Sicherung:

Sozialsysteme zukunftsfähig machen

Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland stehen vor dem Kollaps. Jeder dritte Euro fließt in den sozialen Konsum. Als Folge der explodierenden Lohnzusatzkosten muss unsere Industrie die weltweit höchsten Lohnstückkosten schultern. Frühverrentung belastet die Sozialsysteme mit jährlich nahezu 40 Milliarden Euro.

Neue, sozialversicherungspflichtige Jobs entstehen nur, wenn die Unternehmen jetzt durch Senkung der Lohnzusatzkosten entlastet werden. Mittelfristig ist die generelle Abkoppelung der Sozialabgaben von den Löhnen unumgänglich. Der Aufbau einer eigenverantwortlichen, privaten Vorsorge bei Gesundheit und Rente ist fortzusetzen.

Unsere Kernforderungen:

- Förderung der Eigenvorsorge zur Alterssicherung; massive Kürzung der gesetzlichen Rentenzahlungen bei einem Rentenbeginn vor 65. Nein. Aber keine Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus der Rentenkasse. Private Altersvorsorge immer nur zusätzliche zur gesetzlichen, paritätisch von Arbeitgebern und finanzierten. Festhalten am paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanzierten Rentensystem. Für Erwerbsunfähige, Menschen ohne ausreichende Rente u.a. fordern wir eine die Existenz ermöglichende Grundsicherung.
- Einbeziehung von Politikern, Beamten und Selbständigen in den Kreis der Beitragszahler zur gesetzlichen Rentenversicherung. Ja. Ebenso Wegfall von unverhältnismäßigen Privilegien bei den Altersbezügen für hohe Beamte und Politiker. Reduzierung der Beamten (Lehrer z.B. sollen nicht verbeamtet sein).
- Verursachungsgerechte Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) mit sozialer Abfederung von Härtefällen; Einführung eines Selbstbehalts nach dem Vorbild der privaten Krankenversicherung. Nein, Änderung des Systems in Richtung Bürgerversicherung.
- Einfrieren des Arbeitgeberanteils an der GKV bei sechs Prozent und Auszahlung an den Arbeitnehmer zur Stärkung der Eigenverantwortung. Nein, Beibehaltung des paritätischen Systems bzw. erneute Schaffung (heute ist das Verhältnis Arbeitnehmeranteil zu Arbeitgeberanteil bereits 70:30).
- Streichung aller versicherungsfremden Leistungen aus dem Erstattungskatalog der GKV; Wiedereinführung der Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Ersteres Ja, zweites Nein.
- Bessere Rahmenbedingungen für eine kinderfreundliche Familienpolitik, insbesondere hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ja, unbedingt. Elterngeld muss so gestaltet werden, dass auch mehr Männer das wahrnehmen als bisher. Kinder dürfen für die jungen qualifizierten Frauen, die wir in der Wirtschaft dringend brauchen, kein Karriereknick bedeuten. Deutschland ist da im Vergleich zu anderen europäischen Ländern – dank dem viel zu langem Festhalten der Konservativen (CDU/CSU) an einem veralteten Frauen- und Familienbild – völlig hintendran in der Entwicklung. Investitionen in Kindertagesstätten, Kindergärten, bessere Bildung etc. erhalten nicht nur den Standort Deutschland, sondern schaffen auch Arbeitsplätze.

6. Innovationsblockaden beseitigen:

Konzentration auf neue Technologien

Der Rohstoff für unsere Zukunft besteht aus Wissen. Damit aus wissenschaftlichen Erkenntnissen letztlich immer wieder neue, weltmarktfähige Produkte und Dienstleistungen entstehen können, müssen Staat und Politik Rahmenbedingungen setzen, die die notwendigen Freiräume für innovative Tätigkeiten und technologischen Fortschritt sichern.

Gegenwärtig erleben wir jedoch eher ideologische Vorbehalte und die Entfaltung bürokratischer Hürden gegenüber neuen innovativen Technologien und Forschungs-ergebnissen in offensichtlichen Wachstumsbereichen, wie z.B. in der Energie-, der Gen- und Biotechnologie. Diese parteipolitisch motivierten Innovations- und Technologie-blockaden müssen unverzüglich beseitigt werden.

Unsere Kernforderungen:

- Mehr Freiheit und langfristige Sicherheit, mehr Offenheit und Risikobereitschaft für die Forschung. Abbau irrationaler Technikängste in der Bevölkerung durch entsprechende Aufklärungskampagnen in den Medien. Gentechnologie, Atom etc. lehnen wir ab, es handelt sich nicht um irrationale, sondern sehr begründete Ängste bzw. Ablehnung durch Bevölkerung und Teile der Politik. Investitionen in Forschung für den ökologischen Umbau der Gesellschaft sollen Vorrang haben. Zum Beispiel auch Forschung für Risikovermeidung bei den zunehmenden Umweltkatastrophen, Frühwarnsysteme, Umsteuern auf regenerative Energien etc. Das hilft auch der Ökonomie, wie wir zur Zeit am ständig steigenden Rohöl- und Benzinpreis sehen können. Entwicklung anderer Treibstoffe, weg von Atom und Erdöl.
- Stärkere Effizienzkontrolle bei staatlich geförderten Forschungsprojekten. Stärkere Förderung konkreter Projekte statt von Institutionen. Ja. Allerdings muss es auch noch genügend Mittel und Zeit für Grundlagenforschung geben.
- Beschleunigung von Zulassungsverfahren und Verbesserung steuerlicher Rahmenbedingungen im Interesse einer schnelleren Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte und Dienstleistungen. Ja.
- Rücknahme des Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts und Erarbeitung einer Neufassung, die Forschung und Anwendung erleichtert und nicht behindert. Nein, siehe oben.
- Gleichbehandlung bei der Förderung privater und öffentlicher Forschungsinstitute. Ja.
- Unterstützung von Mittelstandskooperationen unter Einbindung von Forschungsinstituten als Forschungsverbund. Vereinfachung des Zugangs zu Fördervorhaben bei Antragstellung und Vergabeverfahren. Ja.

7. Energie und Umwelt:

Nachhaltig wirtschaften – natürliche Lebensgrundlagen schützen

Der BVMW hat als erster deutscher Wirtschaftsverband nachhaltiges Wirtschaften und betrieblichen Umweltschutz als Ziele in seiner Satzung festgeschrieben. Diese Position beruht auf der Erkenntnis, dass nur der Mittelstand in der Lage ist, eine

dauerhaft zukunftsfähige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft bei gleichzeitigem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu garantieren.

Die ökologischen Umverteilungsmaßnahmen des Staates mit immer höheren Steuer- und Abgabenlasten, einer ausufernden Umweltbürokratie und immer weiteren Umweltämtern lösen hingegen keine Probleme, sondern strangulieren den Mittelstand und verspielen die Zukunft der nächsten Generation.

Unsere Kernforderungen:

- Anreize schaffen für freiwillige Anstrengungen im betrieblichen Umweltschutz (z. B. durch Gütezeichen „ECOMade in Germany“) statt staatlicher Überregulierung. Ja, gibt es aber zum Teil schon (Ökosiegel etc.)
- Privilegierung von Klein- und Mittelbetrieben, die sich dem Öko-Audit-Verfahren unterworfen haben, durch Möglichkeit der Selbstkontrolle („Eigenmonitoring“) und Freistellen von staatlichen Auflagen. Ja.
- Steuerbefreiung für innovative Umweltexistenzgründer in einer dreijährigen Startphase. Ja.
- Senkung der Strompreise durch Transparenz und Wettbewerbsgleichheit unter den Energieanbietern; Regulierungsbehörde, die wirksam gegen das Preisdiktat des Strom-Oligopols auf dem deutschen Markt vorgeht. Ja.
- Ende der mittelstandsfeindlichen Ausschreibepaxis der Kommunen mit Exklusivverträgen bis zu 30 Jahren für wenige Großunternehmen, etwa bei Energieversorgung sowie Abfallentsorgung und Recycling. Ja, unbedingt.
- Konsequente Umsetzung einer nachhaltigen Energieversorgung, die wesentlich auf Einsparung, Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau regenerativer Energien sowie innovativer Energiedienstleistungen setzt.

Ja, unbedingt.

- 12 -

8. Praxisnahe Ausbildung:

Schule muss Grundstein für den Beruf legen

Trotz großer Anstrengungen der mittelständischen Unternehmen bleibt es schwierig, alle Schulabgänger mit einem Ausbildungsplatz zu versorgen. Zehn Prozent der Jugendlichen gelten als nicht ausbildungsreif, genau so viele junge Leute verlassen jedes Jahr die Schule ohne Abschluss.

Die Bildungspolitik steht weiterhin unter einem starken Modernisierungsdruck. Wirtschaftliches Grundwissen wird immer mehr zur Voraussetzung für gute Chancen im Beruf.

Unsere Kernforderungen:

- Einführung eines eigenen Schulfaches „Wirtschaftskunde“ an den allgemein bildenden Schulen ab der 5. Klasse. Ja.
- Grundlegende Überarbeitung der Lehr- und Ausbildungspläne zur Überwindung der Rückstände in den Kernkompetenzen Mathematik, Naturwissenschaften, Deutsch und Fremdsprachen. Ja, verbunden mit einer generellen Änderung unseres Schulsystems: nicht dreigliedrig, sondern gemeinsame Schule mindestens 6, besser 8 Jahre lang, dann Gymnasium und Realschule etc. So wie in vielen europäischen Ländern, die auch bei PISA besser abschneiden. Kein Schulsystem siebt so sozial aus wie das deutsche, so werden Schüler ohne Zukunft in der Hauptschule produziert.

- Jährliche wirtschaftsnahe Fortbildung des Lehrpersonals, einschließlich Pflicht-Praktika in Betrieben. Ja. Besser: Keine Verbeamtung der Lehrer, Möglichkeit für Praktiker, Wirtschaftslehrer zu werden, für Lehrer, wieder in die Wirtschaft zu gehen etc.
- Aufnahme der Möglichkeiten von Existenzgründungen in den Lehr- und Ausbildungsplan. Ja, Know How dazu muss allerdings jugendgerecht von ausgebildeten Lehrern vermittelt werden.
- Abitur bereits nach zwölf Schuljahren bundesweit. Ja.
- Besondere Förderung von Eliteschülern.

Nur, wenn mindestens in ebensolchen Maß die breite Masse besser ausgebildet wird: Weg vom dreigliedrigen Schulsystem mit der sozialen Auslese. Bessere Förderung von Jugendlichen mit praktischen + handwerklichen Begabungen. Schulausbildung nicht nur ausgerichtet an den Verwertungsinteressen der Wirtschaft.

- 13 -

9. Bildungsoffensive an Hochschulen:

Mehr Wettbewerb und Selbstverantwortung

Die Unternehmer haben wie keine andere Gruppe in Deutschland einen Überblick über die tatsächliche Leistungskraft des Bildungssystems, denn sie sind die Abnehmer seiner „Produkte“. Das Ergebnis ist ernüchternd: Inhalt und Didaktik von Ausbildung und Studium haben mit dem Tempo des Strukturwandels nicht Schritt gehalten, sondern sind mittlerweile weitgehend abgekoppelt von den Bedürfnissen der Wirtschaft.

Da Wissen der wichtigste Rohstoff und der entscheidende Standortfaktor Deutschlands ist, müssen Mittelmäßigkeit und Überregulierung des Bildungssystems bekämpft werden. Wissenschaft und Forschung „Made in Germany“ müssen wieder Anschluss an die Weltspitze finden.

Unsere Kernforderungen:

1. Reform des Bildungssystems muss eine Spitzenstellung in der politischen Agenda einnehmen. Ja, aber die Frage ist dann schon wie reformieren! Siehe Ausführungen zur 6 – 8 Klassen Einheitsschule oben.
2. Schaffung national verbindlicher Bildungsstandards. Wege zum Erreichen dieser Standards können regional unterschiedlich sein. Straffung der Ausbildungszeit für Akademiker (Schule und Studium) um ein bis zwei Jahre. Nur verbunden mit Stipendien für die Studenten, die keine reichen Eltern haben. Müssen Studenten sich ihr Studium selbst durch Jobs verdienen, schaffen sie eine kürzere Studienzeit nicht. Schaffung national verbindlicher Bildungsstandards: Ja, für alle Schultypen.
3. Größere Handlungsspielräume, mehr Selbstverantwortung und Wettbewerb in und zwischen den Hochschulen durch eine weitgehende Unabhängigkeit in Finanz-, Verwaltungs- und Personalangelegenheiten. Ja.
4. Hochschulen sollen sowohl ihre Studierenden als auch ihr Lehrpersonal selbst auswählen dürfen. Gehälter des Lehrpersonals müssen sich an Leistung orientieren. Ja. Es müssen nicht alle verbeamtet sein. Nicht Höherstufung gemäß Laufbahn, sondern Leistungsüberprüfungen von unabhängigen Gremien.
5. Einführung von Studiengebühren als wichtiges Instrument für mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen. Vergabe von Bildungsdarlehen für

Studierende aus einkommensschwachen Haushalten. Nein, keine Studiengebühren, Hochschulen sollten staatliche Einrichtungen bleiben, zusätzlich kann es mehr Privatuniversitäten mit Studiengebühren geben.

6. Regelmäßige Anpassung der Studiengänge an die technischen Entwicklungen und die Bedürfnisse der Wirtschaft. Verstärkter Ausbau praxisnaher Berufsakademien. Einheitliche Regelung der Zulassung von Berufspraktikern zum Hochschulstudium.

Ja, alles richtig. Aber es muss auch noch genug Ressourcen für Grundlagenforschung und auch für geisteswissenschaftliche, musische Fächer etc. geben.

- 14 -

10. Gründungsklima verbessern:

Neue Kultur der Selbständigkeit

Die Rahmenbedingungen für den unternehmerischen Mittelstand in Deutschland, wie Überregulierung, Bürokratie, hohe Steuern und Abgaben sowie Finanzierungsprobleme, stören nach wie vor die Gründung von selbstständigen Existenzen. Weiterhin schadet die gegenwärtig geführte Kapitalismus-Debatte nicht nur dem Wirtschaftsstandort Deutschland, sie verschreckt auch ausländische Investoren und führt zur Verzerrung des Unternehmerbildes in der Öffentlichkeit.

Es sind jedoch vor allem mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer, die hierzulande neue Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen. Deutschland braucht mehr Unternehmerinnen und Unternehmer, dafür ist eine neue Kultur der Selbständigkeit Voraussetzung.

Unsere Kernforderungen:

- Eigenständiger und nachhaltiger Beitrag der Schulen, Hochschulen und öffentlichen Verwaltung an der Verbesserung des Gründungsklimas in Deutschland. Ja.
- Stärkere Förderung der Chancengleichheit für Frauen und Männer bei Existenzgründungen. Ja.
- Reduzierung und Vereinfachung sowie spürbare zeitliche Verkürzung der Genehmigungsverfahren für Existenzgründer. Ja.
- Einrichten einer einzigen Anlaufstelle („One-stop-agency“) für Existenzgründer. Warum? Ich bin freiberuflich tätig und habe gute Kurse vor der Gründung gemacht, weiß von unterschiedlichen Institutionen, die das anbieten, die sollen ruhig im Wettbewerb miteinander sein.
- Stärkere Förderung von Start-ups und innovativen Gründern; Reduzierung der Mittel für Ich-AGs und ABM. Ersteres Ja. Reduzierung der Mittel für Ich-AGs: Ja. Keine Reduzierung der Mittel für ABM.
- Initiativen für Existenzgründungen an Hochschulen / Universitäten; Gründung bzw. Ausbau und Förderung von entsprechenden Lehrstühlen. Ja.

Ein wichtiges Hindernis für Gründer und seine Überwindung sind hier nicht angesprochen: Selbstverpflichtung der großen Banken und Sparkassen, bei Vorlage von Existenzgründungsplänen und guter Begutachtung dieser Pläne Kredite großzügig und zu geringen Zinsen zu gewähren.